

Von Machtmissbrauch und der Verschwendung von Steuergeldern

Gerolstein. Auf der Sitzung des Stadtrates im Dezember 2003 (ein halbes Jahr vor der letzten Kom-

munalwahl) beantragte BM Pauly im nicht öffentlichen Teil der Ratssitzung per Dringlichkeitsantrag einen zusätzlichen Tageordnungspunkt. Im Rahmen einer „Eilentscheidung“ wurde der Ankauf eines Eisenbahngrundstückes beschlossen. Die für ein solches Verfahren vorausgesetzte Eilbedürftigkeit/Dringlichkeit lag nicht vor, genauso wenig wie eine nachvollziehbare sachliche Begründung.

Im Februar 2008 hat die Fraktion WG Möller Aufklärung über den gegenwärtigen Status und die Bewirtschaftung der Gleisanlage beantragt. Zwei Wochen später wurde die Fraktion WG Möller darüber informiert, dass die Finanzierung der 68.000 Euro in 2004 aus Mitteln des allgemeinen Grunderwerbs erfolgte, dass der Verwaltung nicht bekannt ist, von wem und mit welcher Genehmigung die Gleise genutzt werden, dass die Unterhaltungs- und Verkehrssicherungspflichten der Stadt obliegen, dass es weder einen Nutzungsvertrag gibt noch Pachteinnahmen.

Hier offenbart sich, wie im

Gerolsteiner Rathaus vor dem Hintergrund einer Mil-

lionenverschuldung die ohnehin knappen Finanzmittel der Stadt verschleudert werden. Erst kauft man ein für die Stadt völlig nutzloses Grundstück und überlässt es dann kostenlos und ohne jede vertragliche Regelung einem privaten Nutzer. Die Kosten für dieses nutzlose Grundstück sind inzwischen auf fast 90.000 Euro gestiegen. Als Zugabe trägt die Stadt dann auch noch die aus der Verkehrssicherungsverpflichtung entstehenden Risiken. Dass die Verwaltung angeblich noch nicht einmal weiß, von wem das Grundstück genutzt wird, kann dabei nur eine dreiste Lüge oder das ehrliche Eingeständnis von Unfähigkeit und Untätigkeit sein.

Die verantwortlichen CDU-Bürgermeister haben es trotz mehrfacher Anträge der Fraktion WG Möller seit nunmehr fast einem Jahr nicht geschafft oder wollten es nicht schaffen, diesen untragbaren Zustand zu beenden. Wie in vielen anderen ähnlich gelagerten Fällen sah die CDU auch hier keinerlei Anlass, ihrer durch die absolute Mehrheit vorgegebenen besonderen Verantwortung auch nur ansatzweise gerecht zu werden.

Die Fraktion WG Möller hat mit Schreiben vom 15.12.2008 die Kommunalaufsicht der Kreisverwaltung um Überprüfung des

Sachverhaltes gebeten. Bis heute liegt noch keine Antwort/Bescheid vor. Detaillierte Informationen zum Sachverhalt auf der Website der WG Möller unter:

http://www.wg-moeller.de/Stadtentwicklung/Touristik/Bahnstrecke_Gerolst_Prum/Gerolsteiner_Bahnimmobilien/gerolsteiner_bahnimmobilien.html

Hans-Joachim Stief, Fraktionssprecher der Fraktion WG Möller, Mitglied der Bürgerunion Vulkaneifel

Anm. d. Red.: Die Fraktion WG Möller ist der Bürgerunion Vulkaneifel (BUV) beigetreten und wird innerhalb einer regionalen Gruppe bei der Kommunalwahl kandidieren. Ω

